

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
1. November 2011

DIE LINKE.

Deutsch-griechische Tragödie

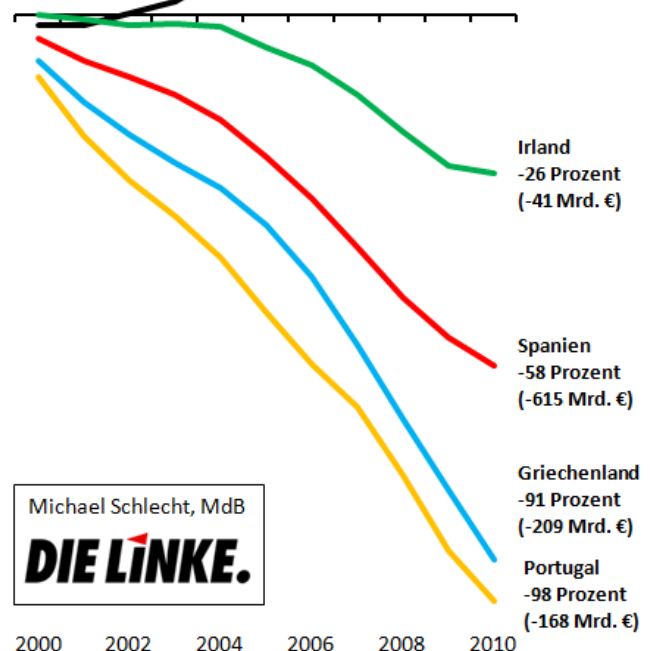
Die Euro-Rettung der herrschenden Politik wird zum Alptraum. Eine erneute Wirtschafts- und Finanzkrise droht. Die Parlamente lassen sich zur Verabschiedung immer neuer Bankenrettungsprogramme nötigen. Jetzt soll der gerade erst auf 440 Milliarden erweiterte EFSF mit Finanztricks auf ein Billion Euro aufgeblasen werden. Die Risiken werden immer größer.

Griechenland wird seit Mai 2010 mit Krediten über 110 Milliarden Euro von IWF, EU und den EU-Mitgliedsstaaten gestützt. Das zweite Hilfspaket in Höhe von 109 Milliarden Euro für Griechenland – erst im Juli auf einem EU-Gipfel auf den Weg gebracht – ist vom Krisenverlauf der letzten Wochen bereits überholt. Irland bekommt seit November 2010 85 Milliarden Euro, ein Großteil davon zur Stützung des hochverschuldeten irischen Bankensektors. Portugal erhält seit März 2011 78 Milliarden Euro. Selbst die drittgrößte Volkswirtschaft der EU, Italien, steht im Feuer und wird durch Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank gestützt. Sie hat dafür innerhalb von zweieinhalb Monaten 100 Milliarden Euro ausgegeben.

Als Preis für diese „Hilfen“ werden von den Ländern immer neue Kürzungsprogramme verlangt. Die Wirtschaft bricht ein und die Bevölkerung in den Krisenstaaten leidet unter den Lohn- und Sozialkürzungen. Die Banken werden dagegen von Verlusten abgeschirmt.

Hohe Ungleichgewichte in kurzer Zeit

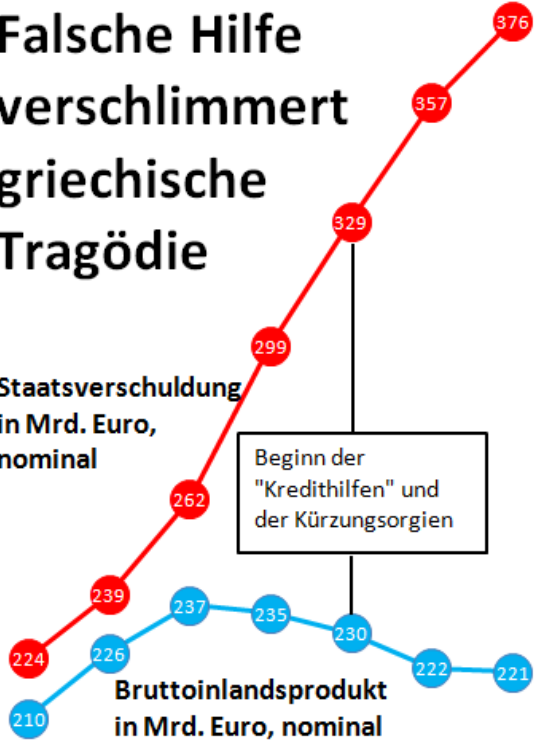
Aufaddierte Salden der Leistungsbilanzen in Prozent des Bruttoinlandproduktes



Seit der Einführung des Euros sind die Handelsungleichgewichte extrem stark angestiegen. Der wichtigste Teil der Leistungsbilanz ist der Warenhandel. Hinzu kommen noch die Dienstleistungen und Einkommensübertragungen. Ein Land mit Leistungsbilanzüberschüssen baut Forderungen gegenüber dem Ausland auf. Ein Land mit Defiziten verschuldet sich gegenüber dem Ausland.
Quelle: Eurostat und eigene Berechnung

Falsche Hilfe verschlimmert griechische Tragödie

Staatsverschuldung in Mrd. Euro, nominal



2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012

Seit der globalen Finanzkrise 2008 laufen in Griechenland die Wirtschaftsleistung und die Staatsverschuldung auseinander.

Quellen: IMF, Eurostat und eigene Berechnungen

Rettungsringe aus Blei

Griechenland verringerte sein um konjunkturelle Schwankungen bereinigtes Defizit 2010 um 7,5 Prozent. Harte Kürzungen von ursprünglich etwa 13 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts wurden verordnet. Übertragen auf Deutschland würde dies ein Kürzungsvolumen von 300 Milliarden bedeuten, was der Streichung des gesamten Bundeshaushaltes entspräche. Das ist laut der Berenberg Bank, „die härteste fiskalische Anpassung“, die jemals in einem westlichen Land stattfand. Mit dem Rettungsring aus Blei droht das Land in der Ägäis zu versinken.

„Stärkeres Sparen führt zum Spar-Paradoxon: Es vertieft die Rezession und verschlechtert die Schuldenquote.“

Nouriel Roubini, Wirtschaftsprofessor Stern School of Business, New York, Handelsblatt, 15. März 2010

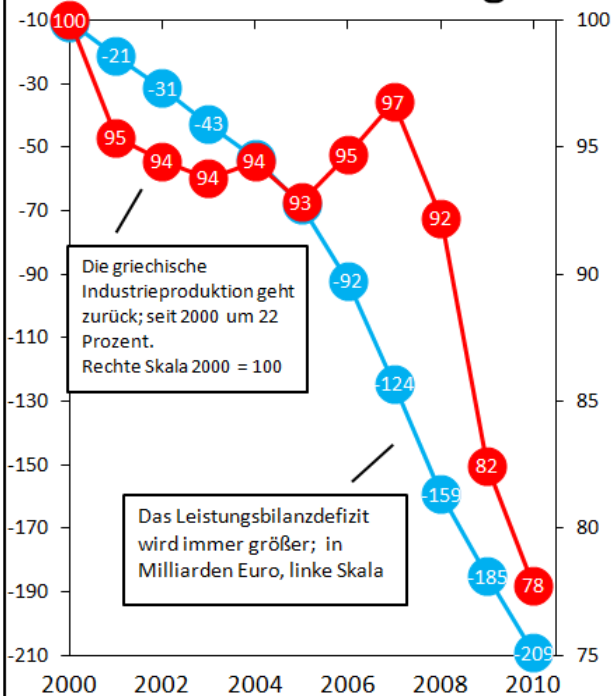
Das griechische Bruttoinlandsprodukt brach 2010 real um 4,5 Prozent ein. 2011 wird die Wirtschaft mit mehr als fünf Prozent noch stärker einbrechen. Trotz aller Kürzungen steigen die Schulden ungebremst weiter an. Im Jahr 2010 waren es noch 329 Milliarden Euro, 2011 droht ein Anstieg auf 360 Milliarden Euro. Der Schuldenstand – das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt – steigt von 110 Prozent 2011 auf nahezu 160 Prozent. Ökonomen nennen das „Spar-Paradoxon“.

Wenn den Menschen das Wasser bis zum Hals steht, tragen sie kaum Geld in die Geschäfte. Die Unternehmen werden dann nicht investieren. Tritt auch der Staat auf die Bremse, schmiert die Wirtschaft weiter ab. Die Steuereinnahmen des Staates sinken und die Ausgaben für Arbeitslosigkeit steigen.

2010 wurde die Mehrwertsteuer um vier Prozentpunkte auf 23 Prozent angehoben. Gleichwohl lagen die staatlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer in den ersten acht Monaten 2011 unter dem Wert des Vorjahres! So wachsen die Schulden weiter und die Rückzahlung der Kredite wird immer unwahrscheinlicher.

Die offizielle Arbeitslosenrate stieg bereits innerhalb von einem Jahr durch die bisherigen Sparmaßnahmen von elf auf über 16 Prozent

Griechenlands Abstieg



Die griechische Industrieproduktion ist seit der Euro-Einführung um 22 Prozent gesunken. 2006 bis 2007 gab es einen kurzfristigen Boom wegen der EU-Osterweiterung. Das aufaddierte Leistungsbilanzdefizit hat parallel zugenommen. Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

im April 2011. Unter den Jugendlichen ist jeder Dritte ohne Job. Außerdem sind 65.000 Unternehmen bereits Pleite gegangen.

Trotzdem soll das Land unter diesen Rahmenbedingungen noch einmal zusätzliche 28 Milliarden bis 2015 einsparen. Jetzt sollen verstärkt Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden, dabei wurden bereits 83.000 Staatsbedienstete in den vergangenen Monaten entlassen und die Löhne in der Privatwirtschaft sanken um bis zu 20 Prozent. 75 staatliche Einrichtungen sollen zusammengelegt oder geschlossen werden. Wie der notorisch schlechte Steuervollzug mit diesen Maßnahmen verbessert werden soll, bleibt ein Geheimnis.

Griechenland war bereits vor der Krise das Land mit der höchsten Einkommensungleichheit unter den 25 alten EU-Staaten. Das Lohnniveau entsprach nur 73 Prozent des Durchschnitts der Eurozone. Ein Viertel der beschäftigten verdiente weniger als 750 Euro im Monat, Lehrer mit 15 Dienstjahren verdienten etwa 40 Prozent weniger als in Deutschland. Laut Eurostat waren 20 Prozent der Griechen von Armut bedroht, ein Viertel der Bevölkerung lebt in überbelegten Wohnungen.

Die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst Griechenlands sollen 2011 um 800 Millionen Euro gekürzt werden, in 2012 um 660 Millionen. Die Durchschnittslöhne und -gehälter werden um 17 Prozent gesenkt. Auf zehn ausscheidende Beschäftigte soll zukünftig nur noch eine Neueinstellung erfolgen. Die wöchentliche Arbeitszeit soll von 37,5 auf 40 Stunden erhöht und Überstundenvergütungen gekürzt werden. Mitarbeiter deren Aufgabenbereich entfällt sollen in einen Stellenpool versetzt werden und zukünftig nur noch 60 Prozent ihres Grundlohns erhalten.

„Griechenland braucht einen Aufschwung, kein Programm, das es erwürgt.“

Ines Zöttl, FTD, 16. Juni 2011

Durch die neuen Kürzungsorgien sollen an Schulen, Universitäten und Krankenhäusern jeweils dreistellige Millionenbeträge eingespart

werden. Die allgemeinen Sozialausgaben sollen zwischen 2011 und 2013 um insgesamt drei Milliarden Euro gekürzt werden.

Griechische Kolonie trotz Schuldenschnitt?

Obwohl die herrschende Politik inzwischen öffentlich eingestehen musste, dass ein „Weiter so“ im Fall Griechenlands an den Realitäten scheitert, wird das Land weiter erpresst. Selbst nach einem Schuldenschnitt ist das Land von weiteren Hilfen abhängig bleiben.

Die Regierung bricht zurzeit auf Druck der Troika das branchenweite, von den Gewerkschaften kontrollierte Tarifvertragssystem auf. Tarifverträge sollen in Zukunft verstärkt als Haustarifverträge abgeschlossen werden, auch ohne dass die Gewerkschaften daran beteiligt sind. Das ist die Verbetrieblichung unter Ausschaltung der Gewerkschaften. So werden Belegschaften verstärkt gegeneinander ausgespielt und Löhne noch massiver gesenkt.

„Trotz eines erheblichen Rückgangs des Pro-Kopf-Einkommens hat die Abwärtslohnstarrheit (! d.V.) die notwendige Lohnanpassung im Privatsektor verhindert.“

Troika-Bericht, Oktober 2011, Seite 37

Außerdem wurde Griechenland verpflichtet, sein Staatseigentum zu verscherbeln. Bis Ende 2014 sollen 35 Milliarden, bis Ende 2015 50 Milliarden Euro durch Privatisierungen eingenommen werden. Verkauft werden sollen zum Beispiel Häfen, Flughäfen und Unternehmen, insbesondere aus dem Energiebereich und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sofort privatisiert werden die Postbank sowie die Häfen von Athen und Saloniki. Bereits verkauft sind fast alle Anteile am Telekomunternehmen OTE und zwei Glückspielkonzessionen.

Um die Privatisierung zu beschleunigen wurde ein eigener Privatisierungsfonds gegründet: Eine griechische Treuhand-Anstalt. Selbst SPD-Chef Sigmar Gabriel äußerte sich zustimmend zu einem derartigen Treuhand-Modell. Internationale Vertreter könnten so wie Kolonialherren den Ausverkauf des griechischen Staatseigentums kontrollieren. Das ist eine weitere massive Einschränkung der grie-

chischen Souveränität. Das skandalöse Vorgehen der Treuhand in Deutschland nach der Wiedervereinigung sollte eine historische Warnung sein. Damals wurden viele Betriebe durch Unternehmer aus dem Westen aufgekauft und danach geschlossen, um sich unliebsamer Konkurrenz zu entledigen.

Beim Verkauf von staatlichem Eigentum in einer Notsituation und unter Zeitdruck wird in jedem Fall kein fairer Preis zu erzielen sein. So wird sich das private Kapital Schlüsselbereiche der griechischen Wirtschaft zu Spottpreisen unter die Nägel reißen können.

Juli-Krisengipfel war schnell überholt

Die EU-Staats- und Regierungschefs trafen sich im Juli 2011 zu einem Krisengipfel in Brüssel. Griechenland sollte weitere Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF), der EU und der Mitgliedsstaaten sowie Finanzbeihilfen für griechische Banken über weitere 109 Milliarden Euro erhalten. Die Strafzinsen des EU-Rettungsschirms für Griechenland werden von in der Spitze fünf auf 3,5 Prozent gesenkt, die Laufzeiten der Kredite verlängert. Zinssenkungen gibt es auch für Irland und Portugal.

Der EU-Rettungsschirm (EFSF) wurde Ende September auf 440 Milliarden aufgestockt; der Deutsche Bundestag beschloss dies gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Der EFSF hat außerdem neue Kompetenzen erhalten. Der EFSF soll Finanzinstituten und Anlegern Staatsanleihen abkaufen, um die Kurse zu stützen und die Zinsen zu senken. Zudem sollen Banken der Krisenstaaten über den EFSF direkt gestützt werden.

Im September, spätestens im Oktober 2011 war klar, dass das geplante weitere Finanzpaket für Griechenland von 109 Milliarden zu klein dimensioniert ist. Auch die neuen Aufgaben für den EFSF erfordern zusätzliches Geld. Insbesondere verschlechterte sich die Lage in Italien, sodass die EZB mit massiven Aufkäufen von Anleihen stützen musste. Kaum war die Erweiterung beschlossen, wurde klar, dass auch dieser „Rettungsschirm“ zu klein ist.

Mit das größte Problem ist, dass an den zerstörerischen Kürzungsprogrammen festgehalten

wird. Insbesondere Bundeskanzlerin Merkel klammert sich an diese fatale Politik. Sie will den Krisen-Ländern den „deutschen Weg“, also die Agenda 2010 und damit Lohn-, Renten und Sozialkürzungen aufzwingen.

Die Troika besteht aus Vertretern des IWF, der EZB und der EU-Kommission. Ihr Urteil entscheidet darüber, ob Abweichungen von den Kürzungsaufgaben festgestellt werden und damit die Auszahlung der nächsten Kredittranche in Gefahr ist.

Oktober-Gipfel stoppt die Krise nicht

Auf dem Krisengipfel Ende Oktober 2011 wurden im Kern ein sogenannter freiwilliger Schuldenschnitt für Griechenland und die Vergrößerung des Rettungsfonds auf eine Billion Euro vereinbart.

„Schuldenschnitt“: Griechenland, die privaten Investoren und alle beteiligten Parteien werden „ersucht“ einen „freiwilligen Umtausch von Anleihen mit einem nominellen Abschlag von 50 Prozent auszuarbeiten.“ Dies soll bis Ende 2011 geschehen. Das würde die Banken 100 Milliarden ihrer Forderungen kosten. Dafür werden ihnen aber die auf 50 Prozent reduzierten Forderungen verzinst und durch 30 Milliarden Euro abgesichert. Dieses Geld wird vom EFSF bereitgestellt. Nach Aussagen des Unterhändlers des Internationalen Bankenverbandes, Charles Dallara, hat Merkel persönlich die angebotenen Garantien von 20 auf 30 Milliarden erhöht. Erst danach stimmten die Banken zu.

Ein Schnitt von 50 Prozent ist ein Geschenk für die Investoren. Am Markt wurden zehnjährige griechische Anleihen im Oktober nur noch mit einem Kurs von 30 bis 40 Prozent gehandelt. Viele Banken haben außerdem bereits deutliche Abschreibungen vollzogen. Im Falle einer harten Insolvenz hätte ihnen ein deutlich höherer Verlust gedroht. Die Finanzmärkte werden die genauen Details dieser Vereinbarung noch mit diktieren. Denn: Die Gläubigerbeteiligung muss freiwillig sein! Ist sie es nicht, dann würde dies als Zahlungsausfall gewertet. In diesem Fall würden Kreditausfallversicherungen fällig.

Das wäre ein neuer unkalkulierbarer Brandherd auf den Finanzmärkten. Fest steht, wenn die neue Gläubigerbeteiligung im Januar umgesetzt wird, haften danach im Fall Griechenlands nur noch die Steuerzahler.

Die Finanzbranche feierte die Gipfelergebnisse mit einem Kursfeuerwerk. Die Aktienkurse der Deutschen Bank und der Commerzbank explodierten. Und das obwohl die Banken bis Sommer 2012 ihr Eigenkapital auf neun Prozent aufstocken müssen.

Obwohl der „Schuldenschnitt“ freiwillig sein soll und er eigentlich ein gutes Geschäft für die Banken, gibt es doch Irritationen. Es wächst die Sorge, dass es in Zukunft auch in anderen Ländern zu einer ähnlichen Zuspitzung kommen könnte. Viele Investoren werden sich zunehmend aus Staatsanleihen zurückziehen. Dadurch würden die Risikoprämien steigen. Insofern wird die Krise weiter verschärft; in Italien und Spanien wird sich dies zuerst bemerkbar machen.

Vergrößerung des Rettungsfonds: Die Kriegskasse des EFSF von 440 Milliarden Euro soll auf eine Billion Euro aufgeblasen werden. Durch finanzielle Trickereien. Die Bundesregierung und die EU beginnen damit faktisch selbst auf den Finanzmärkten zu zocken. Ob es gelingt die eine Billion zu erreichen steht – wie beim Glücksspiel – in den Sternen.

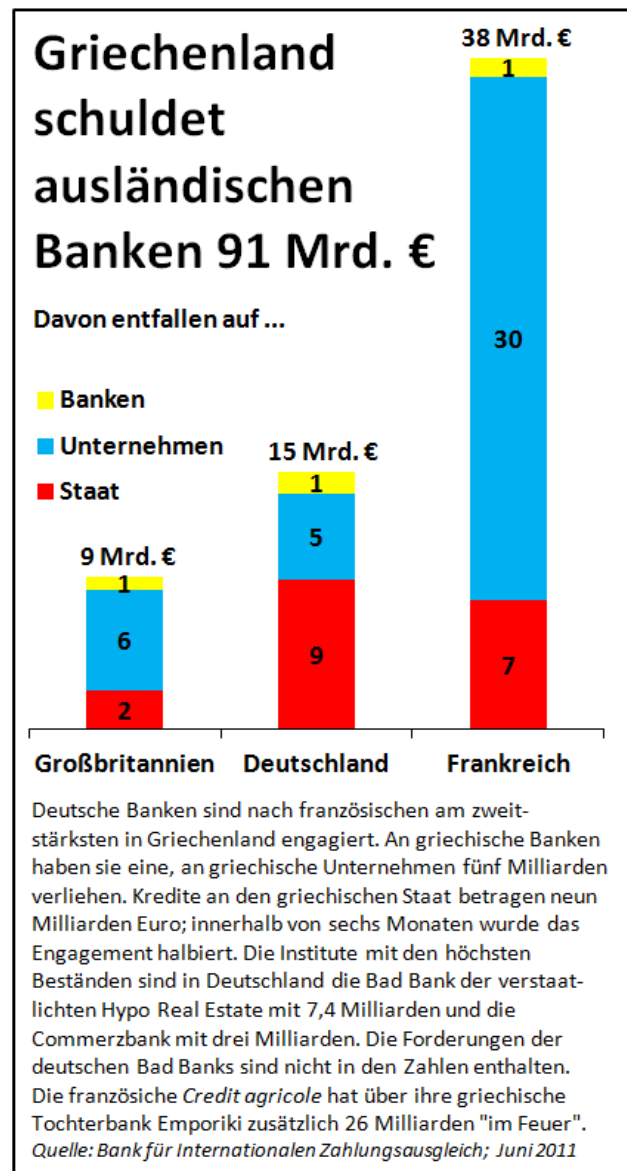
Von den 440 Milliarden Euro des EFSF sind wegen der Zusagen an Portugal, und Irland sowie der zusätzlichen 100 Milliarden an Griechenland maximal noch 250 Milliarden zum Hebeln verfügbar. Da die Spekulation gegen Spanien, aber vor allem Italien immer bedrohlicher wurde, besteht Handlungsbedarf. Die EZB hat seit dem Sommer 2011 bereits 100 Milliarden Euro aufgewandt um italienische Staatsanleihen aufzukaufen. 2012 muss Italien von seinen 1,9 Billionen Euro Staatsschulden allein nahezu 260 Milliarden umschulden; knapp sechs Prozent Zinsen trotz EZB-Intervention würden die Zinslast deutlich erhöhen. In Spanien werden 2012 rund 120 Milliarden fällig. Beide Länder haben bis 2015 einen Refinanzierungsbedarf von rund einer Billion Euro.

Vor dem Hintergrund bleibt offen, ob die Steigerung der Feuerkraft des Rettungsschirms reichen wird.

Krise spitzt sich zu

Auch die Bankenkrise ist wieder hochgradig akut. Nach dem Crash 2008 wird längst wieder gezockt auf Teufel kommt raus. Mit dem Einbruch der Aktienkurse seit dem Sommer 2011 wurden viele Banker auf dem falschen Fuß erwischt. Viele Wetten gingen nicht mehr auf, Abschreibungen wurden notwendig. Hinzu kam, dass mit der Zuspitzung der Schuldenkrise in der Eurozone viele von den Banken gehaltene Anleihen an Wert verloren hatten. So wurden weitere Abschreibungen notwendig. Die Bankenkrise verschärft sich.

Erst hat die Bankenrettung die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben. Jetzt bekommen



die Banken zusätzliche Probleme, weil die Staatsanleihen in ihren Tresoren an Wert verlieren. Ein Teufelskreis.

Drei Jahre nach der Lehman-Pleite drohen neue EU-weite Stützungsmaßnahmen des Finanzsektors im dreistelligen Milliardenbereich. Das erste Opfer der Bankenkrise 2.0 wurde die belgisch-französische Dexia. Für die Rettung muss Belgien vier Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Gemeinsam mit Frankreich und Luxemburg wurden zusätzlich Garantien in Höhe von 90 Milliarden Euro notwendig. Die Ratingagentur Moody's stellte die Finanzkraft Belgiens auf den Prüfstand. Und auch Frankreich ist seit der „Dexia-Rettung“ unter verschärfter Überwachung der Rating-Agenturen.

Eine andere Krisenpolitik ist notwendig

Kurzfristig muss die Finanzierung der Staaten von den Kapitalmärkten abgekoppelt werden. Allen Staaten der Eurozone muss ein bedingungsloser Zugang zu billigen Krediten der EZB mithilfe einer öffentlichen Bank und ohne weiteren Umweg über die Finanzmärkte eingeräumt werden.

So können sich die Banken an der Staatsverschuldung keine goldene Nase mehr verdienen und ein Schuldenschnitt wäre möglich, ohne dass danach höhere Zinsen für andere Länder drohen. Darüber hinaus ist die öffentliche Verschuldung nicht durch unsoziale Kürzungsprogramme, sondern durch eine europaweite Besteuerung von Millionären und Großkonzernen auf ein tragfähiges Niveau zu bringen.

Die Überführung der Banken in öffentliches Eigentum und ihre strikte Regulierung bzw. geordnete Abwicklung sind notwendig.

Billiglöhne sprengen den Euro

Die strukturelle Ursache der Euro-Krise ist das deutsche Lohndumping. Dadurch werden deutsche Waren billiger und der Absatz im Ausland steigt stark an.

So hat Deutschland seit 2000 einen Leistungsbilanzüberschuss von über einer Billion Euro erzielt; *siehe Grafik Seite 1*. Spanien, Portugal, Griechenland und Irland zusammengenommen haben im selben Zeitraum dagegen ein Leistungsbilanzdefizit von einer Billion angehäuft.

Kenngrößen der Außenhandelsbilanz

Warenhandel: Überschuss 2000 bis 2010 rund 1,5 Billionen Euro.

Warenhandel und Dienstleistungen (auch **Außenbeitrag** genannt): Überschuss 1,2 Billionen Euro

Die Leistungsbilanz ergibt sich, wenn zusätzlich noch die mit dem Ausland getätigten Einkommen- und Vermögensübertragungen hinzugerechnet werden: Der Überschuss beträgt dann etwas mehr als eine Billion Euro.

Zentrale Ursache für die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone ist die im Vergleich zur Produktivität viel zu niedrige Lohnentwicklung in Deutschland. Ausgedrückt wird dieses Verhältnis in den Lohnstückkosten. Sie stiegen in Deutschland seit der Jahrtausendwende nur um sechs Prozent. Im Rest der Euro-Zone stiegen die Lohnstückkosten seither um 27 Prozent. Dadurch ist die relative Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber den anderen Ländern der Eurozone ständig größer geworden, ohne dass diese sich durch eine Abwertung ihrer Währung wehren konnten.

Wer regelmäßig mehr Waren und Dienstleistungen im Ausland einkauft (Import), als umgekehrt an das Ausland verkauft (Export), der muss sich immer stärker gegenüber dem Ausland verschulden.

Außerdem: Werden Waren aus dem Ausland importiert anstatt im eigenen Land produziert, wirkt sich das negativ auf die Einkommen und Steuereinnahmen aus. Früher oder später wirkt sich deshalb ein dauerhaftes Defizit in der Leistungsbilanz negativ auf die betroffenen Staatshaushalte aus.

Eine wirkliche Lösung wird es nur geben, wenn das deutsche Lohndumping beendet wird. Ansonsten droht die Zerstörung des Euro. Ohne ihn würde eine neue deutsche Währung um rund 40 Prozent aufwerten. Dahin wäre die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft. Neben den Krisenregionen Südeuropas käme die Krisenregion Baden-Württemberg hinzu. Millionen Arbeitsplätze in der Exportindustrie sind bedroht.

Griechischer Außenhandel: Defizitär

Mit der Einführung des Euros 1999 sicherte die Gemeinschaftswährung den griechischen Unternehmen günstige Finanzierungsbedingungen und für westeuropäische Unternehmen war Griechenland das Sprungbrett in den südosteuropäischen Markt.

Zwischen 2000 und 2007 wuchs die griechische Wirtschaft um durchschnittlich real 4,3 Prozent. Staatsschulden und Wirtschaftsleistung stiegen parallel, so dass sich der Anteil der öffentlichen Schulden an der Wirtschaftsleistung in diesem Zeitraum kaum veränderte.

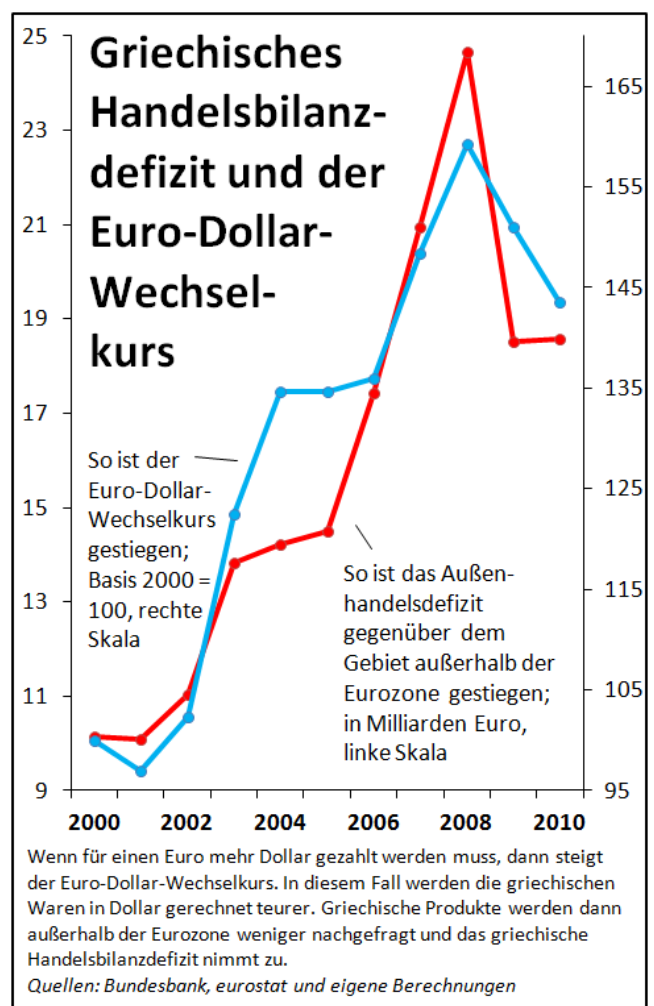
Im Jahr 2009, ein Jahr nach dem Höhepunkt der Finanzkrise und der Pleite von Lehman Brothers, schrumpfte die griechische Wirtschaft jedoch bereits. Die Staatsschulden stiegen um 37 Milliarden Euro und die Staatsschuldenquote – also das Verhältnis aus Schulden und Wirtschaftsleistung – nahm von 110 auf 127 Prozent zu; *siehe Grafik Seite 2*.

Die griechische Wirtschaft verschuldete sich als Ganzes stark gegenüber dem Ausland. Das ist an den griechischen Leistungsbilanzdefiziten erkennbar. Sie erreichten im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung regelmäßig Negativrekorde in der Eurozone.

Euro-Dollar-Wechselkurs

Das deutsche Lohndumping beeinflusst indirekt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Mitglieder der Eurozone. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss erhöht den Wechselkurs des Euros gegenüber anderen Währungen, insbesondere gegenüber dem Dollar. Über diesen Kanal wirkt sich das deutsche Lohndumping auch indirekt negativ auf die griechische Wettbewerbsfähigkeit aus.

Der deutsche Exportüberschuss gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone stieg zwischen 2000 und 2008 um stattliche 265 Prozent. Der größte Teil des Warenhandels außerhalb des Euroraums wird nach wie vor in Dollar abgewickelt. Die Überschüsse führen zu einer Steigerung des Euro-Dollar-Wechselkurses, weil die deutschen Unternehmen die Dollar-Exporterlöse in Euro umtauschen. Sie wollen also Dollar verkaufen und Euro kaufen.



Je teurer der Euro gegenüber dem Dollar wurde, desto teurer wurden die griechischen Waren für Käufer außerhalb des Euroraums. Das war besonders fatal, weil Griechenland größtenteils einfache Waren exportiert, deren Nachfrage auf Preisänderungen sensibel reagiert. Der Einfluss des Euro-Dollar-Wechselkurses auf das griechische Handelsbilanzdefizit ist in den Statistiken gut erkennbar. Die Entwicklung von Euro-Dollar-Wechselkurs und griechischem Handelsbilanzdefizit gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone verlaufen synchron. Fazit: Für Deutschland war der Außenwert des Euros zu billig und für Griechenland zu teuer. Hätte Deutschland dagegen durch eine höhere Binnennachfrage mehr importiert, hätte sich die Nachfrage nach anderen Währungen erhöht und der Wechselkurs wäre für die Situation in Deutschland und Griechenland angemessener gewesen. So aber wurden die Ungleichgewichte verstärkt und die griechische Verschuldung im Ausland in die Höhe getrieben.

Folgen im Warenaustausch

Kurz nach der Einführung des Euros im Jahr 2000 verursachte der Handel mit Italien noch den größten Anteil am griechischen Handelsbilanzdefizit. In den Jahren danach stieg das griechische Defizit gegenüber Deutschland so stark wie gegenüber keinem anderen Land an. Es nahm zwischen 2000 und 2008 um 2,1 Milliarden zu. Die Folge: Im Jahr 2008 verursachte der Handel mit Deutschland den größten Anteil am griechischen Handelsbilanzdefizit.

Exkurs: Warum nahm der deutsche Überschuss prozentual nur durchschnittlich zu?

Die Steigerung des deutschen Überschusses gegenüber Griechenland lag bei 60 Prozent. Das griechische Defizit gegenüber dem gesamten Euroraum stieg um 57 Prozent. Damit nahm der deutsche Überschuss nur knapp überdurchschnittlich zu. Prozentual steigerten Belgien (plus 133 Prozent) und Österreich (plus 188 Prozent) ihre Handelsüberschüsse am stärksten.

Das ist auf den ersten Blick überraschend. Schließlich lag Deutschland bei der Entwicklung der Lohnstückkosten auf dem letzten Platz und steigerte damit seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit am meisten. Hätte sich das griechische Defizit gegenüber Deutschland deshalb nicht auch prozentual mit einem Spitzenwert vergrößern müssen?

Eine Antwort bietet die Struktur der deutsch-griechischen Handelsbilanz. Die griechischen Einfuhren deutscher Investitionsgüter – Maschinen und Fahrzeuge – dominierten klar den bilateralen Handel. Im Jahr 2000 gingen Dreiviertel des griechischen Handelsbilanzdefizits gegenüber Deutschland auf den Sektor Maschinen und Fahrzeuge zurück (siehe untere Grafik auf Seite 9). Bei Österreich steuerte der Maschinen- und Fahrzeugsektor dagegen im Jahr 2000 lediglich knapp die Hälfte und bei Belgien sogar nur ein Drittel zum Überschuss gegenüber Griechenland bei.

Die Importnachfrage nach Maschinen reagiert auf Preisveränderungen nicht so sensibel wie bei Lebensmitteln, chemischen Erzeugnissen oder Konsumgütern. Investitionsentscheidungen hängen von vielen Faktoren ab. Der Preis der Maschine ist nicht unbedingt der Wichtigste. Außerdem gibt es bei Lebensmitteln, chemischen Erzeugnissen oder Konsumgütern in der Regel die Möglichkeit auf andere Anbieter in anderen Ländern auszuweichen. Bei hochspezialisierten Anbietern im Maschinenbausektor ist das nicht so einfach möglich.

Dieser Effekt ist in der Entwicklung der deutschen Exporte nach Griechenland deutlich erkennbar.

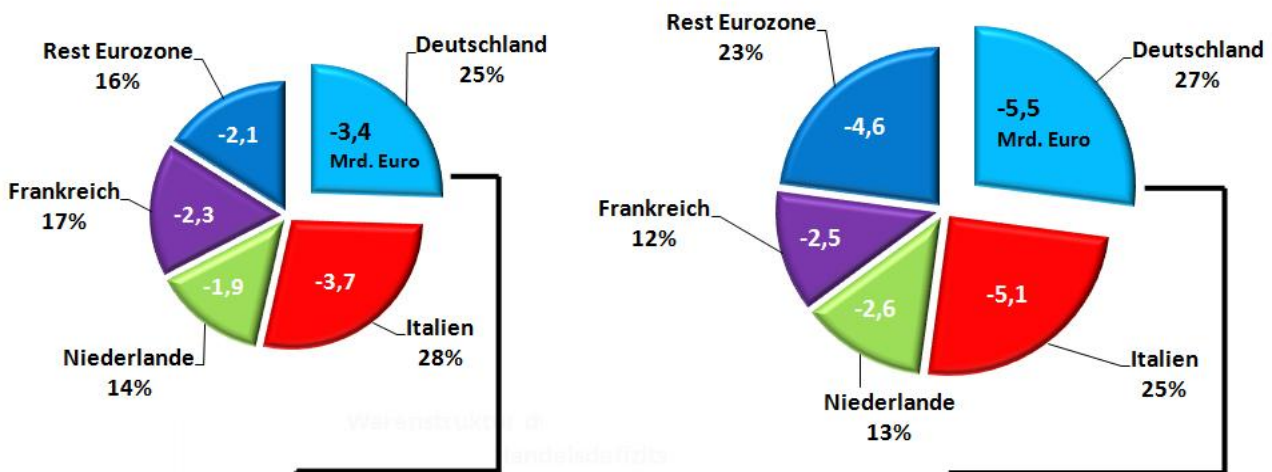
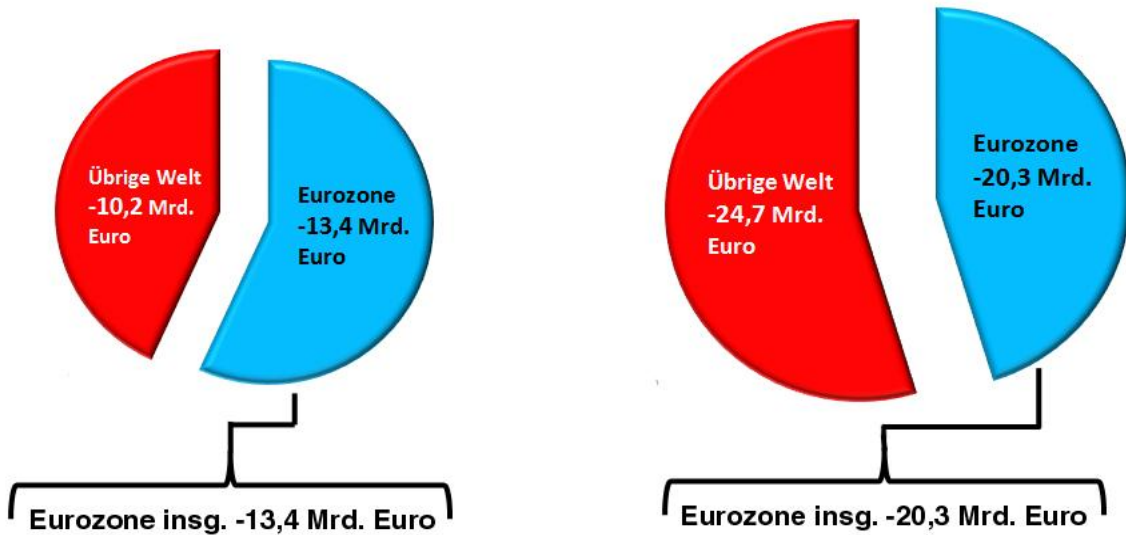
Zwischen 2000 und 2008 nahmen die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, sogenannten Investitionsgütern, lediglich um 22 Prozent zu. Alle anderen deutschen Wirtschaftssektoren steigerten ihre Exporte wesentlich deutlicher. Am stärksten legte die deutsche Ausfuhr von Chemieerzeugnissen und Nahrungsmitteln nach Griechenland zu. Insbesondere die Beschäftigten der Fleischindustrie sind in Deutschland stark vom Lohndumping betroffen. Haustarifverträge gibt es genau so selten wie Betriebsräte. Der letzte regionale Tarifvertrag war 1996 in Sachsen abgelaufen.

Für die unterste Tarifgruppe im Fleischerhandwerk war damals ein Entgelt von umgerechnet 4,50 Euro vereinbart worden. Billigarbeiter schufteten in den Zerlegebetrieben und Mästereien zum Teil 16 Stunden am Tag für einen Stundenlohn unter fünf Euro. Damit werden die Stundenlöhne der Leih- und Zeitarbeitsfirmen von 7,60 Euro noch unterboten. Möglich wurde das durch die Dienstleistungsrichtlinie der EU. Osteuropäische Arbeiter wurden auf der Grundlage von Werkverträgen zur Erbringung von Dienstleistungen, wie dem Zerlegen von Wurst und Fleisch, in die deutschen Betriebe geschickt. Für die Beschäftigten gelten die nied-

Entwicklung und Struktur des griechischen Handelsbilanzdefizits

2000

2008



Quelle: eurostat

rigen Steuern und Löhne des Herkunftslandes. Seit 2001 sind in Deutschland 26.000 reguläre Arbeitsplätze vernichtet worden.

Die Kombination aus hochmodernen Schlachtplanzen und Billiglöhnen ist nicht zu toppen. Die Geflügelproduktion wurde in Deutschland zwischen 1995 und 2007 auf 1,3 Millionen Tonnen verdoppelt. In modernen Hühnerschlachtplanzen werden pro Woche eine Million Tiere zu Fleischware verarbeitet, die inzwischen sogar nach Afrika und Asien exportiert wird. Die landwirtschaftlichen Betriebe in den Zielländern können mit dieser Billigproduktion nicht mithalten und werden vom Markt verdrängt.

Nach einem Euro-Austritt würde es in Griechenland „zu Einfuhrschwierigkeiten und Energie- und Lebensmittelknappheit kommen.“

FAZ, 13. September 2011

Mit „Deutscher Wertarbeit“ ist der Exporterfolg beim Schlachtvieh höchstens von Zynikern in Verbindung zu bringen. Die Politik der Agenda 2010 bewirkte, dass nicht mehr nur die klassischen Branchen des Maschinenbaus und der Automobilindustrie große Exportüberschüsse

erwirtschaften, sondern zunehmend durch die Billiglöhne auch andere Branchen. Dafür ist die Entwicklung der deutsch-griechischen Handelsbilanz ein Beleg. Der Anteil des klassischen deutschen Exportsektors, Maschinen und Fahrzeuge, am Handelsbilanzüberschuss gegenüber Griechenland, sank zwischen 2000 und 2008 deutlich um knapp 25 Prozentpunkte. Gleichzeitig nahm der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel, sowie der produzierten Waren um 20 Prozentpunkte zu (siehe untere Grafik auf Seite 9). Unter den produzierten Waren verbirgt sich ein breites Spektrum an Gütern. Es reicht von einfach bearbeiteten Waren wie Pappen oder Baumaterialien, über Büromaterial und Konsumgüter bis hin zu Waffen.

Weitere Analysen zur Krise in Europa und insbesondere den Alternativen der LINKEN finden sich in dem Papier „Lohndumping gefährdet Europa“ sowie weiteren Texten.

Siehe www.michael-schlecht-mdb.de.

Dort findet sich auch eine Powerpoint-Präsentation der Grafiken.

